

1965–1975 Tiefgreifende Veränderungen

GERALD SCHÖPFER

Richtig wählen ::
Krainer wählen ::

ÖVP ::
LISTE 1 ::



• Plakat der Volkspartei zur Landtagswahl 1965.



Josef Krainer sen. galt als ein Mann, der stets für Reformen offen war und der mit deutlichen Worten auch stets auf Bundesebene sehr selbstbewusst die Anliegen der Steiermark zu vertreten wusste.

GERALD SCHÖPFER

Das Jahrzehnt von 1965 bis 1975 ist ein Jahrzehnt, das für Österreich viele Veränderungen brachte: Sowohl die politische Landschaft auf Bundes- und Landesebene als auch die gesamte Gesellschaft und die Wirtschaft wurden tiefgreifenden Veränderungen unterzogen.¹

1965: Jonas wird mit knapper Mehrheit Bundespräsident

Im Jahr 1965 kam es zum Wechsel an der österreichischen Staatsspitze: Bundespräsident Dr. Adolf Schärf starb am 28. April 1965. Der am 20. April 1890 in Nikolsburg, Südmähren, geborene Politiker war der erste Bundespräsident der Zweiten Republik, der nach einer sechsjährigen Amtsperiode nochmals wiedergewählt wurde. Er war nach dem Tod von Bundespräsident Theodor Körner am 4. Jänner 1957 als Kandidat der SPÖ am 5. Mai 1957 zum Bundespräsidenten gewählt worden. Am 28. April 1963 war seine Wiederwahl erfolgt.

Bei der Bundespräsidentenwahl am 23. Mai 1965 siegte nach einem sehr kurzen Wahlkampf Franz Jonas. Der am 4. Oktober 1899 in Floridsdorf (Wien) geborene SPÖ-Politiker war von 1951 bis 1965 Bürgermeister und Landeshauptmann von Wien gewesen. Sein Wahlsieg war mit 2,324.436 Stimmen denkbar knapp ausgefallen. Sein steirischer Gegenkandidat, Altbundeskanzler und Nationalratsabgeordneter Dr. Alfons Gorbach (ÖVP), hatte 2,260.888 Stimmen erreicht. Gorbach zog sich nach dieser knappen Niederlage aus der Tagespolitik zurück; er starb am 31. Juli 1972.

Veränderungen in der Bundespolitik: Das Ende der Großen Koalitionen

Im Oktober 1965 kam es zu einer erneuten schweren Krise der Großen Koalition, die letztlich zum Beschluss führte, am 6. März 1966 Nationalratswahlen abzuhalten. Dabei errang die ÖVP mit 85 Mandaten die absolute Mehrheit. Nachdem die Koalitionsverhandlungen zwischen ÖVP und SPÖ gescheitert waren, ging die seit 1945 andauernde Phase der Koalitionen zu Ende und die ÖVP bildete die erste Alleinregierung der Zweiten Republik.

Bundeskanzler Dr. Josef Klaus galt als Reformler. Er war langjähriger Salzburger Landeshauptmann (1949–1961) und war im April 1961 als Finanzminister in die Regierung von Bundeskanzler Dr. Alfons Gorbach geholt worden, welchen er 1964 als Bundeskanzler ablöste.

Zum Wahlsieg der ÖVP hatte im Jahr 1966 beigetragen, dass die vom ehemaligen SPÖ-Innenminister und Gewerkschaftsführer Franz Olah gegründete neue Partei, die Demokratisch Fortschrittliche Partei (DFP), der SPÖ rund 150.000 Wähler abspenstig machte. Außerdem hatten viele Sympathisanten der FPÖ diesmal die ÖVP gewählt, weil es eine kommunistische Wahlempfehlung für die SPÖ gab, was zu Befürchtungen führte, dass eine „Volksfrontregierung“ vorbereitet werde.

Die Regierung Klaus war durchaus reformfreudig. Ihr gehörte erstmals in der Republik Österreich auch eine Frau als Bundesministerin an: Die Gewerkschafterin Grete Rehor verstand es durchaus, im Sozialressort neue Akzente zu setzen.



• Alfred Rainer, LR Peltzmann und Franz Hasiba Mitte der 1960er Jahre.



• Die Reformer Josef Klaus, Josef Krainer sen. und Franz Wegart in der legendären Grazer „Gruabn“.



• Josef Krainer sen. mit jungen Wahlhelfern während des Landtagswahlkampfes 1970.



• ORF-Reporter Günther Ziesel interviewt Josef Krainer sen. nach dem Sieg bei der Landtagswahl 1970.

Ein Motto in ihrem Kampf um eine Besserstellung der Frauen in der Arbeitswelt lautete: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!“

Mandatsverteilung lautete: ÖVP 15 Mandate, SPÖ 26 Mandate, FPÖ 6 Mandate, Kommunisten 1 Mandat.

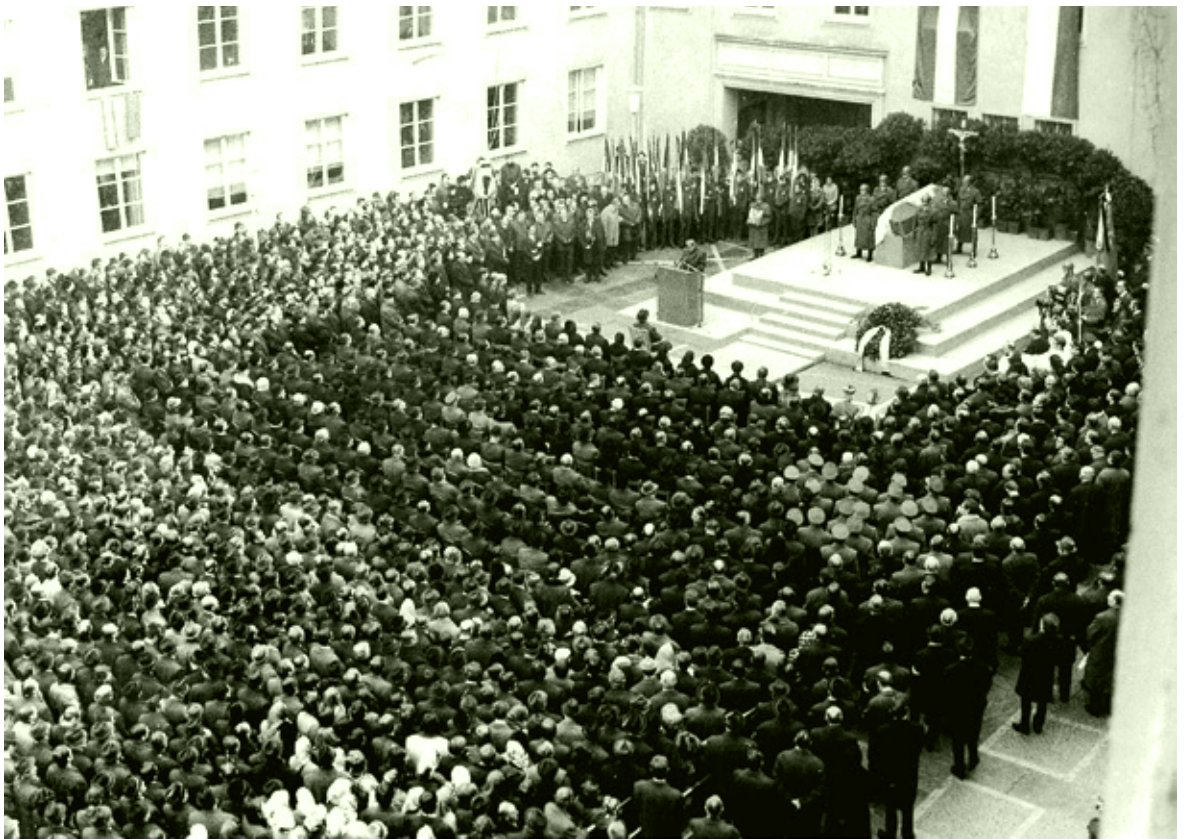
Veränderungen in der Landespolitik

Am 16. Februar 1965 starb der sehr verdienstvolle Agrarpolitiker Ferdinand Prirsch im Alter von 58 Jahren. Er war von 1948–1965 als Agrarlandesrat sowie Landesfeuerwehr- und Wohnbaureferent Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung. Sein Nachfolger wurde der Bezirkshauptmann von Feldbach, Dr. Friedrich Niederl.

Die für die ÖVP überaus erfolgreiche Landtagswahl vom 14. März 1965 brachte – wie im vorherigen Kapitel schon eingehend dargestellt – Josef Krainer die absolute Mehrheit im Landtag. Hingegen brachte die Grazer Gemeinderatswahl vom 24. März 1968 der ÖVP schwere Verluste, während die SPÖ kräftig zulegen konnte. Die

Die Ära Landeshauptmann Josef Krainer sen. geht unvermutet zu Ende

Seit 1948 hatte Josef Krainer sen. als Landeshauptmann die politischen Geschicke der Steiermark gelenkt. Er galt als ein Mann, der stets für Reformen offen war und der mit deutlichen Worten auch stets auf Bundesebene sehr selbstbewusst die Anliegen der Steiermark zu vertreten wusste. Sein Wort hatte auch in Wien Gewicht und so verwundert es nicht, dass ihn viele aus dem reformfreudigen Flügel der ÖVP gerne als Bundesparteiohmann gesehen hätten. Doch im Mai 1971, als er als ernsthafter Kandidat neben Dr. Stephan Koren und Dr. Karl Schleinzer gegolten hatte, lehnte er dies unmissverständlich ab.



• Die Begräbnisfeierlichkeiten zum Tode Josef Krainer sen., der am 28. November 1971 verstarb.

Landeshauptmann Josef Krainer sen. starb im 69. Lebensjahr völlig überraschend am 28. November 1971 bei einer Fasanenjagd in Allerheiligen bei Wildon. Am 10. Dezember 1971 wurde sein Wunschkandidat Dr. Friedrich Niederl vom Landtag zum neuen Landeshauptmann gewählt. Sein Sohn Dr. Josef Krainer jun. zog damals als Landesrat in die Steiermärkische Landesregierung ein. Unter Friedrich Niederl begann die programmatische Arbeit am „Modell Steiermark“, welches einen politischen Gesamtplan für die Steiermark bis zum Jahr 1980 entwickelte.

Bei der Landtagswahl am 20. Oktober 1974 erreichte die Steirische Volkspartei unter Dr. Niederl die absolute Mehrheit. Die ÖVP erreichte 31 Mandate, die SPÖ 23 und die FPÖ 2 Mandate. Erstmals fanden vor dieser Wahl durch die steirischen Landtagsparteien Vorwahlen zur Kandidatenauslese statt.

Die Zivilgesellschaft wird zum gestaltenden Element

Als Folge des Rundfunkvolksbegehrens, welches die Abschaffung des sogenannten „Proporzfunk“ gefordert hatte, wurde im Juni 1966 gegen den Willen der SPÖ ein neues Rundfunkgesetz beschlossen, welches dem ORF die Unabhängigkeit sicherte.

Ein weiteres sichtbares Zeichen einer mündigen Zivilgesellschaft war die Aktion beherzter Bürgerinnen und Bürger in Graz, welche sich gegen den Bau einer Tiefgarage im Landhaushof in der Herrngasse richtete. Dies war das auslösende Element für die Aktion „Rettet die Altstadt“, die vom Chef vom Dienst der „Kleinen Zeitung“, Prof. Max Mayr, organisiert wurde. Eine Unterschriftenaktion brachte fast 100.000 Unterschriften. Mit dieser Aktion wurde der Schutz der Altstadt erreicht. Im Juni 1974 wurde vom Steiermärkischen Landtag das Grazer Altstadterhaltungsgesetz beschlossen. Damit war eine wichtige Vor-



• Drei Landeshauptleute auf einem Bild: Waltraud Klasnic, Josef Krainer jun. sowie Friedrich Niederl am Pult.

aussetzung dafür geschaffen worden, dass die Landeshauptstadt Graz, Jahrzehnte später, 1999 zum UNESCO-Weltkulturerbe erklärt werden konnte.

Weitere selbstbewusste Aktionen der Zivilgesellschaft bezogen sich auf die geplante Stadtautobahn durch Graz. Die Trassenführung der Pyhrnautobahn (A9) hätte eine Zerschneidung des Bezirks Eggenberg gebracht. Der durch Jahre überaus erfolgreiche SPÖ-Bürgermeister DI Gustav Scherbaum vertrat diese Streckenführung und ließ die Unterschriften eines Volksbegehrens gegen die Eggenberger Trasse vom Magistrat prüfen. Dies löste einen Sturm der Empörung aus und die SPÖ erlitt bei der Gemeinderatswahl am 25. Februar 1973 einschneidende Verluste. Scherbaum wurde darauf vom FPÖ-Politiker DI DDr. Alexander Götz als Bürgermeister abgelöst.

Die Bundespräsidentenwahl von 1974

Nach dem Tod von Bundespräsident Franz Jonas am 24. April 1974 kam es zu Neuwahlen. Die SPÖ stellte Dr. Kirchschräger als Spitzenkandidaten auf. Dieser war zunächst ab 1970 als Parteiloser zum Außenminister des SPÖ-Minderheitskabinetts unter Dr. Bruno Kreisky ernannt worden und er gehörte auch der SPÖ-Alleinregierung bis zu seiner Wahl zum Bundespräsidenten 1974 als Außenminister an. In der ÖVP hatte es interne Diskussionen über den idealen Gegenkandidaten gegeben: Dr. Hermann Withalm hatte zu sehr das Image einer harten Persönlichkeit, so entschied man sich relativ spät für den verbindlicher erscheinenden Innsbrucker Bürgermeister Dr. Alois Lugger. Kirchschräger gewann mit 52 % der Stimmen und er blieb dann nach seiner Wiederwahl bis 1986 im Amt.



• Kulturlandesrat Kurt Jungwirth 1970 und sein Vorgänger Hanns Koren.



• Die Aktion „Rettet die Grazer Altstadt“ 1972.



• Der legendäre Tonbildwagen – von links: Schilcher, Krainer jun., Hasiba, Maitz, Marko und Strobl.



• Gemeinderatswahl 1973 in Graz. Franz Hasiba und seine Mitarbeiter nehmen Ergebnisse entgegen.

Universitäten, Hochschulpolitik und Protestbewegungen

Bereits vor dem Jahr 1968 begannen auf den steirischen Universitäten rege Auseinandersetzungen und es zeigten sich neue Bewegungen. Im Jahr 1965 gründeten der spätere Chefredakteur Gerfried Sperl, der spätere Grazer ÖVP-Kulturstadtrat Helmut Strobl und Matthias Wabl, später Professor für Biochemie in San Francisco, die „Aktion“ unter dem Motto „Links von rechts und rechts von links“.

„Unter den Talaren – Muff von tausend Jahren“ und ähnliche Slogans sollten provozieren, wie auch Gegeninaugurationen mit Klopapierrollen statt Samtteppichen. Der Rektor der Karl-Franzens-Universität Dr. Karl Lechner war mit der Forderung konfrontiert, die Talare abzuschaffen. Er machte dies zum Inhalt einer Abstimmung unter den Universitätsangehörigen. Die entsprechende

Abstimmung ergab unter den Studierenden ein breites Votum für die Beibehaltung der feierlichen Formen von Sponsionen und Promotionen sowie der Talare. Es gab auch immer wieder Proteste gegen das zu geringe Universitätsbudget, und es gab in Graz auch Protestzüge, bei denen Studenten und Professoren gemeinsam eine Erhöhung des Wissenschaftsbudgets forderten. Das Jahr 1968 bildete in ganz Europa mit seinen Studentenrevolten einen merkbaren Einschnitt in der politischen und kulturellen Entwicklung. In der Steiermark gab es relativ harmlose Demonstrationen, aber heftige Diskussionen auf den Universitäten, in denen die akademische Lehrerschaft und Studierende über Mitbestimmungsfragen, aber auch um Studienreformen diskutierten. Unterschiedliche Proteste gab es in Österreich dann aber auch im Umfeld der konträren Ansichten, wie die universitären Strukturen beschaffen sein sollten. Mit dem Universitäts-

organisationsgesetz 1975 (UOG 1975), das die Handschrift der SPÖ-Wissenschaftsministerin Dr. Hertha Firnberg trug, wurde ein Kulminationspunkt erreicht, da mit dieser Reform die alte Ordinarienuniversität durch ein drittelparitätisches Mitbestimmungsmodell ersetzt wurde. Während es in den USA zu dieser Zeit vor allem wegen der Rassenprobleme und dem Vietnamkrieg zu Protesten kam, war in Österreich die am 21. August 1968 erfolgte Niederschlagung des sogenannten „Prager Frühling“ ein Grund für Protestzüge und heftige Diskussionen.

Die Öffnung zur zeitgenössischen Kunst – der „steirische herbst“

Am 23. September 1968 wurde der erste „steirische herbst“ eröffnet. Bereits seit Jahren hatte der profilierte steirische Kulturpolitiker Univ.-Prof. Dr. Hanns Koren diese Veranstaltung gefordert. Die Grundidee war die künstlerische Auseinandersetzung der Steiermark mit der modernen Kunst. Beim ersten „steirischen herbst“ gab es z.B. die Erstaufführung von Peter Handkes Stück „Kaspar“.

Der „steirische herbst“ ist heute europaweit das älteste Festival für „neue“ Kunst. Ein Anliegen dieses Kulturevents war die Vernetzung der verschiedenen Kunstdisziplinen. Im Gegensatz zu herkömmlichen Festspielen sollte das Augenmerk auf die Neuschöpfung und nicht auf die Reproduktion gelegt werden.

Besonders in den ersten Jahren sorgte der „steirische herbst“ für zahlreiche Provokationen. Landeshauptmann Josef Krainer sen. stand durchaus hinter dieser Öffnung zur Moderne und bestärkte Hanns Koren in seiner Kulturpolitik. Er bewies gegenüber manchen Anfeindungen seine Standfestigkeit, die damals in den heftigen Auseinandersetzungen um die zeitgenössische Kunst notwendig war.

Veränderungen in der katholischen Kirche

Am 31. Dezember 1968 trat der Bischof der Diözese Graz-Seckau, Dr. Josef Schoiswohl völlig überraschend zurück. Josef Schoiswohl, geb. am 3. Jänner 1901 in Guntramsdorf, Nieder-

österreich, war seit 18. Jänner 1954 Nachfolger von Ferdinand Stanislaus Pawlikowski, der noch den Titel eines Fürstbischofs getragen hatte.

Schoiswohl hatte einige Reformen durchgesetzt: So berief er einen ständigen Priesterrat ein, der ihn beriet; Laien durften in einer Synode mitreden und als Kommunionspender fungieren. Die Priesterausbildung wurde modernisiert. Junge Priester durften, um Verständnis für die Arbeiterschaft zu bekommen, für einige Zeit in steirischen Bergwerken arbeiten. Im November 1968 versuchte er bei einem Besuch im Vatikan durchzusetzen, dass verheiratete ehemalige Priester wenigstens als ständige Diakone und Religionslehrer zugelassen werden sollten.

Nach seinem Rücktritt wurde der Pfarrer von Graz St. Andrä, Johann Weber, am 28. September 1969 zum neuen Bischof geweiht. Er erfreute sich wegen seiner Volksnähe großer Beliebtheit.

Machtwechsel in der Bundespolitik

Der Obmann der steirischen Elternverbände, der Grazer Rechtsanwalt Dr. Hans Baier, brachte ein Volksbegehren ein, dessen Ziel es war, die Einführung des vom Unterrichtsministerium geplanten neunten Schuljahres zu verhindern. Das Volksbegehren war erfolgreich; darauf trat der aus der Steiermark stammende Unterrichtsminister Dr. Piffli-Perčević zurück, als sein Nachfolger wurde Dr. Alois Mock am 2. Juni 1969 angelobt. Die Nationalratswahl vom 1. März 1970 brachte das Ende der ÖVP-Alleinregierung. Zum ersten Mal seit 1945 erringen die Sozialdemokraten die Mehrheit der Mandate und Dr. Bruno Kreisky wird der erste sozialdemokratische Bundeskanzler der Zweiten Republik. Die Mandatsverteilung war nun 81 SPÖ, 78 ÖVP, 6 FPÖ.

Da die Gespräche über die Bildung einer Großen Koalition erfolglos blieben, kam es schließlich zu einer von der FPÖ unterstützten sozialdemokratischen Minderheitsregierung bis 1971. Am 10. Oktober 1971 kam es dann zu einer vorzeitigen Nationalratswahl. Nach einem heftig geführten Wahlkampf gelang der SPÖ unter Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky die Eroberung der absoluten Mehrheit. Die SPÖ erreichte 93 Mandate, die ÖVP 80 und die FPÖ 10 Mandate. Damit

konnte Dr. Bruno Kreisky eine SPÖ-Alleinregierung bilden.

Auch bei der Nationalratswahl vom 5. Oktober 1975 war Dr. Bruno Kreisky wieder erfolgreich und konnte die absolute Mehrheit für die SPÖ verteidigen. Das Ergebnis brachte den gleichen Mandatsstand wie die Wahl des Jahres 1971.

Am 25. April 1971 stellte sich Franz Jonas der Wiederwahl. Da er als amtierender Präsident nach durchaus korrekter Amtsführung einen Startvorteil hatte, gab es innerhalb der ÖVP einen langwierigen Entscheidungsprozess, welchen aussichtsreichen Kandidaten man gegen Jonas in das Rennen schicken sollte. Schließlich fiel die Entscheidung für Dr. Kurt Waldheim. Er war ehemaliger Außenminister in der Regierung Klaus und dann österreichischer Botschafter bei den Vereinten Nationen in New York. Jonas gewann allerdings mit 53 %, Dr. Kurt Waldheim kam auf 47 % der Stimmen.

Bei der steirischen Landtagswahl am 15. März 1970 verlor die ÖVP ein Mandat, die SPÖ gewann zwei Mandate. Die Mandatsverteilung lautete nun 28 ÖVP, 26 SPÖ, 2 FPÖ.

Zur wirtschaftlichen Entwicklung

Bereits mit der Rezession von 1962 kam es zur Verlangsamung des Wirtschaftswachstums. Die mit der Wiederaufbauphase verbundenen Nachholeffekte waren abgeschlossen und die wirtschaftliche Dynamik ließ nach.² Während die durchschnittliche Wachstumsrate des realen Brutto-Inlandprodukts zwischen 1953 und 1962 noch 6,3 % betragen hatte, ging diese im Zeitraum von 1962 bis 1967 auf 4,3 % zurück. Aus heutiger Sicht sind das noch immer durchaus respektable Werte, doch in Relation zu den vorangegangenen „Wirtschaftswunderjahren“ wurde dies als ein Problem empfunden, weil nun die strukturellen Schwächen der Industrie sichtbar wurden.

Trotz weiter steigender Gesamtinvestitionsquote gingen die industriellen Investitionen zurück, die Anzahl der Industrie-Beschäftigten stagnierte und die durchschnittliche Inflationsrate, die zwischen 1953 und 1962 bloß 2,6 % ausgemacht hatte, stieg zwischen 1962 und 1967 auf 3,6 %. Das sich verlangsamende Industriewachstum

wurde durch eine Expansion im tertiären Sektor kompensiert, doch dies wurde damals keineswegs als positiv im Sinne der Stadienlehre von Colin Clark³, sondern als eine sklerotische Wirtschafterscheinung interpretiert.⁴

Zwischen 1962 und 1968 lag die Arbeitslosenquote in der Steiermark zwischen 3,0 % und 3,9 %. Das arithmetische Mittel lag mit 3,5 % um 0,8 % über dem österreichischen Wert von 2,7 %.⁵

Damals kam es zu einer verschlechterten Position im Außenhandel, die mit der europäischen Integrationsbewegung in Zusammenhang stand. Während zwischen 1953 und 1962 die österreichischen Exporte noch ein nominelles Wachstum von 10,7 % jährlich zu verzeichnen hatten, flachte dieses Wachstum von 1962 bis 1967 auf 7,4 % ab. Wenngleich sich für dieselben Perioden auch das Importwachstum abflachte, nämlich von 13,2 % auf nur noch 8,3 %, so passivierte sich die Handelsbilanz laufend weiter. Wegen der guten Entwicklung im Tourismus blieb die Zahlungsbilanz dennoch weitgehend ausgeglichen.⁶ Die Verschlechterung der österreichischen Außenhandelsentwicklung hing einerseits mit der allgemeinen Konjunktorentwicklung der OECD-Staaten zusammen, andererseits wirkte sich die Diskriminierung des österreichischen Außenhandels aus.

Die Auswirkungen der Europäischen Integration

Dass Österreich nicht Mitglied der „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ (EWG) war, brachte spürbare ökonomische Diskriminierungseffekte. Der Integrationsgewinn für die EWG-Mitglieder führte zugleich zu einer verschlechterten Wettbewerbsposition für die nicht in den EWG-Markt integrierten Länder. Österreich hatte mit vielen EWG-Staaten, wie vor allem mit Deutschland, intensive Außenhandelskontakte. So war die Nichtteilnahme an der Integration ungünstig; dies betraf besonders die Steiermark, weil mehr als die Hälfte aller Exporte in die EWG ging.⁷ So brachte dies für die Steiermark Probleme, weil hier in den 60er Jahren strukturelle Schwächen sichtbar wurden und durch die zollmäßige Diskriminierung, aber auch durch die Konjunktur-

schwäche Deutschlands Absatzprobleme auftraten.

Die „Europäische Freihandels-Assoziation“ (EFTA), welche ihr Ziel eines vollständigen gegenseitigen Zollabbaus bereits 1967 vorzeitig erreichen konnte, brachte für Österreich eine etwas breitere Streuung der Exporte. So wurden beispielsweise Skandinavien und Großbritannien für die österreichischen Exporteure bedeutsamer. Zugleich nahmen ausländische Direktinvestitionen – vor allem aus Deutschland – in Österreich zu, weil so ausländische Investoren zollfrei in die EFTA liefern konnten. Vor dem Entstehen der EWG waren fast 50 % aller österreichischen Exporte in diesen Raum gegangen, bis 1968 reduzierte sich dieser Anteil auf etwa 40 %. Hingegen stieg der Anteil des EFTA-Raumes an den österreichischen Exporten von 10,9 % auf 23,6 %.⁸ Es steht aber fest, dass der Integrationsgewinn, welcher sich durch die EFTA ergab, keineswegs den Diskriminierungsverlust durch die EWG wettmachen konnte. Deshalb gab es bei österreichischen Wirtschaftspolitikern Interesse, zu einer Annäherung an den EWG-Raum zu kommen.⁹ Zu den Zielen der EFTA hatte es gehört, eine gemeinsame Plattform für Verhandlungen mit der EWG zu bilden. Allerdings sollten die folgenden Verhandlungen zunächst immer wieder an den gegensätzlichen Interessen von Großbritannien und Frankreich scheitern. Österreichische Versuche, sich in einem Sondervertrag, welcher auf den neutralen Status von Österreich Rücksicht nimmt, der EWG anzunähern, waren damals einerseits wegen der durch den Südtirolkonflikt ausgelösten ablehnenden Haltung Italiens, aber auch wegen der generellen Haltung der EWG, zunächst mit den Interessenten an einem Vollbeitritt zu einem Vertragswerk zu kommen, erfolglos.

Nachhinken der steirischen Wirtschaftsentwicklung

Besonders ab 1965 gab es in der steirischen Industrie ein verlangsamtes Wachstum. Dieser Abschwächungsprozess erfasste zwar ab 1966 ganz Österreich, er machte sich aber in der Steiermark wegen der von der Schwerindustrie geprägten Wirtschaftsstruktur deutlicher be-

merkbar. Als Symbol steirischer Wirtschaftskraft galt seit Jahrhunderten der Erzberg: Nun ergab sich ein ernster Konkurrenzdruck, weil die Förderung am Erzberg wegen der Konkurrenz überseeischer Erze, die zu niedrigeren Preisen angeboten wurden und überdies einen höheren Eisenerzgehalt aufwiesen, unter Druck geriet. Darauf reagierte man in Eisenerz mit Rationalisierungsschritten und einer Mechanisierung der Erzaufbereitung. Trotz Konkurrenz konnte sich der steirische Erzberg weiter behaupten: Der gesamte Erzbedarf des Werkes Donawitz und der halbe Erzbedarf der VOEST-Linz wurden vom steirischen Erzberg bezogen.

Problematischer wurde die Situation im steirischen Braunkohlenbergbau. Ab Ende der 50er Jahre machte sich die Konkurrenz von Heizöl und Gas bemerkbar. Dazu kam, dass die Kohlenförderung mit steigenden Kosten verbunden war. Durch die Errichtung von kalorischen Kraftwerken konnte zwar ein Mindestabsatz gesichert werden, doch die Fördermengen der steirischen Braunkohlenbergwerke mussten drastisch zurückgenommen werden, weil die Betriebe immer tiefer in die roten Zahlen gerieten. Vorerst wurden sie jedoch aus arbeitsmarktpolitischen Gründen gefördert, doch die Kritik an der unwirtschaftlichen Weiterführung wuchs in der Öffentlichkeit; so erwirtschaftete die Grube Fohnsdorf, die zu einem der tiefsten Tagbauten Europas wurde, 1966 ein Defizit von mehr als 70 Millionen Schilling.

Angesichts der Konjunkturverschlechterung hatten auch jene Bergbaubetriebe Kontraktionen in den Absatzmengen hinzunehmen, deren Produkte direkt von der industriellen Nachfrage abhängen: Dazu zählte vor allem der Magnesitbergbau. Große Absatzprobleme gab es auch für die heimische Zellulosefabrikation, die unter billigeren ausländischen Konkurrenzprodukten litt. Letzteres wirkte negativ auf den steirischen Holzabsatz.¹⁰

Wie bereits in dem vorangegangenen Jahrzehnt sanken die steirischen Anteile an der gesamtösterreichischen Brutto-Wertschöpfung in der folgenden Phase der Strukturkrise ab 1962 weiter ab. Lediglich in einer späteren Phase, nämlich 1973/74 – als es kurzzeitig zu einem Boom der Grundstoffindustrien kam – konnte die Steier-

DAS BUCH DER STEIERMARK

IN DER RECHTEN HAND



Landeshauptmann
NIEDERL
20. Oktober
ÖVP LISTE 1

• Wahlplakat
aus dem Jahr 1974
zum ersten Programm
des „Modell Steiermark“,
das bereits 1972
veröffentlicht wurde.

mark kurzfristig wieder den Anteil an der Brutto-Wertschöpfung verbessern. Als dieser jedoch wieder vorbei war, sollte sich die hier aufgezeigte Tendenz auch noch in den 70er und 80er Jahren fortsetzen.

Zugleich sei noch auf ein weiteres Problem verwiesen: Die steirische Produktivität lag in diesem Zeitraum deutlich unter dem österreichischen Schnitt. Von 1961 bis 1968 konnten nur 90,2 % und in den folgenden Jahren nur mehr 88,8 % der österreichischen Produktivitätswerte erzielt werden. In dieser Phase war die wirtschaftliche Entwicklung der Steiermark durch hohe Agrarquote, industrielle Monostrukturen und Grundstofflastigkeit, relative Rückständigkeit, unterdurchschnittliche Wachstumsdynamik und geringere Produktivität gekennzeichnet. Diese Wachstumsschwäche erklärt auch die Forderung des damaligen steirischen Wirtschaftsberaters, Univ.-Prof. Dr. Adolf Nussbaumer, mit Strukturverbesserungen in die steirische Wirtschaftsentwicklung einzugreifen.¹¹

Wirtschaftsaufschwung ab 1968

Das Jahr 1968 brachte auch in Österreich einen merkbaren Einschnitt in der politischen und kulturellen Entwicklung des Landes¹² und auch für die Wirtschaft war 1968 eine Zäsur; denn da begann ein internationaler Konjunkturaufschwung. Die Phase von 1968 bis 1974 wurde zur längsten Hochkonjunkturperiode der Zweiten Republik. Es gab damals in Österreich beachtliche reale Wachstumsraten des Brutto-Inlandsprodukts von durchschnittlich 5,4 %, womit sogar die übrigen OECD-Staaten übertroffen wurden. In diese Zeit fiel auch die internationale Rezession von 1971/72, doch diese ging an Österreich nahezu ohne große Auswirkungen vorbei. Das Ende dieser Hochkonjunkturperiode trat dann mit dem „Ölpreisschock“ von 1973 ein.

In dieser Phase konnte die Industrie einen bemerkenswerten Beitrag zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum leisten, die vorangegangene Phase der Strukturkrise scheint zu einer Verbesserung der Angebotsstruktur und dynamischen Anpassungsprozessen geführt zu haben, die sich nun positiv auswirkten. Zugleich wirkte sich auch die Weiterentwicklung des europäischen

Integrationsprozesses auf Österreich günstig aus: Mit 1. Oktober 1972 wurde das Globalabkommen zwischen der EWG und Österreich für eine Freihandelszone für gewerblich-industrielle Produkte abgeschlossen, welches bereits vorzeitig eine erste Zollsenkungsetappe von 30 % brachte.¹³

In der Steiermark gab es damals einen mit der elektronischen Datenverarbeitung verbundenen Innovationsschub. Allmählich begannen sich die Computer durchzusetzen: 1969 wurden in der Steiermark 28 Computer installiert, die meisten davon standen in Graz. Ab 1972 erfolgt die Computerisierung bei der Grazer Gebietskrankenkasse und der Polizeidirektion.¹⁴

Zwischen 1968 und 1973 lag die Arbeitslosenquote in der Steiermark zwischen 1,5 % und 3,7 %. Das arithmetische Mittel lag um 0,4 % über dem österreichischen Wert von 2,3 %.¹⁵

Erdölschocks und Austrokeynesianismus

Mit der Erdölkrise 1973/74 kam es weltweit zum Konjunkturreinbruch, der mit einer drastischen Steigerung der Rohstoff- und Energiepreise verbunden war. Ab 1973 kam es zu einer österreichischen Sonderentwicklung in der Wirtschaftspolitik und man schwenkte nicht auf den internationalen Kurs ein.

Unter Bundeskanzler Bruno Kreisky rechnete man nur mit einem kurzfristigen Konjunkturreinbruch, denn die Prognosen der Wirtschaftsforscher waren optimistisch, sie hatten für 1975 bereits wieder eine Erholung angekündigt. So wurde in Österreich eine Politik des „Durchtauchens“ eingeschlagen, welche das hohe Beschäftigungsniveau aufrechterhalten sollte – für Kreisky hatte die Vollbeschäftigung die von ihm oft deklarierte höchste Priorität.

Als entgegen der Prognosen der Konjunkturreinbruch 1975 einsetzte, wurde in Österreich das keynesianische Instrumentarium des „deficit spending“ bei Erweiterung der monetären Basis angewandt. Während eine Konjunkturverbesserung 1976 einige Länder veranlasste, wieder zur Budgetkonsolidierung überzugehen, wurden in Österreich weiter über das Budget expansive Impulse gesetzt. Zugleich aber versuchte man

auch, einen Inflationauftrieb zu verhindern, indem der bisherige Hartwährungskurs beibehalten wurde.

Weltweite Unsicherheiten am Währungssektor

Ein vor allem die außenwirtschaftlichen Verflechtungen betreffendes Problem war das weltweite System der Wechselkurse, welches über das Abkommen von Bretton Woods in der Nachkriegsperiode für lange Zeit relativ stabil war. Doch am 15. August 1971 wurde die formelle Gold-Konvertibilität des amerikanischen Dollars unter Präsident Richard Nixon aufgehoben. Alle Versuche, das System fester Wechselkurs zu erhalten, wurden Ende 1973 aufgeben. Seitdem gab es weltweit währungspolitische Turbulenzen und der Kurs der Leitwährung Dollar unterlag starken Schwankungen.

Durch die fortschreitende weltwirtschaftliche Integration wurden auch die Kapitalbewegungen zusehends unkontrollierbarer, was wiederum den Spielraum der nationalen Geldpolitik ab Beginn der 70er Jahre stark einengte. Dies führte dazu, dass die Österreichische Nationalbank den Wechselkurs des Schillings ab 1976 in eine feste Relation zur Deutschen Mark brachte. Nachdem Deutschland der mit Abstand wichtigste Außenhandelspartner war, brachte dies Stabilität in die für Österreichs Außenhandel bedeutendste Austauschrelation. Somit wurden das Wechselrisiko und die Gefahr allfälliger spekulativer Kapitaltransfers wesentlich gemindert.¹⁶ Außerdem wurden so positive Wirkungen der deutschen Stabilisierungspolitik auch für Österreich wirksam.

Diese Besonderheit, nämlich die Koppelung der Politik des „deficit spending“ mit einer Hartwährungspolitik, wurde mit dem Ausdruck „Austro-keynesianismus“ apostrophiert. Diese Wirtschaftspolitik war in Bezug auf Arbeitslosigkeit erfolgreich, denn es konnte eine auffallend niedrige Arbeitslosenquote erreicht werden. Die Kehrseite war aber ein starker Anstieg der Staatsschulden und eine Verschlechterung der Leistungsbilanz.

Wenngleich auch in Österreich 1975 ein Absinken des realen Brutto-Inlandsprodukts nicht ver-



• Ein demokratiepolitisches Novum: Vorwahlen 1974.

hindert werden konnte, so fiel der Rückgang relativ milde aus und es entwickelten sich die meisten ökonomischen Indikatoren besser als in den übrigen europäischen Staaten. Die Hartwährungspolitik hatte allerdings negative Auswirkungen auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit und so kam es zu einem deutlichen Ansteigen des Leistungsbilanzdefizits, und dies bewirkte schließlich einen Kurswechsel in der österreichischen Wirtschaftspolitik, welcher zu einem Maßnahmenpaket führte, welches mit zahlreichen Belastungen für die Steuerzahler verbunden war. So wurde auf Luxusgüter ein erhöhter Mehrwertsteuersatz von 30 % eingeführt. Die Vermögenssteuer und zahlreiche Gebühren wurden angehoben, die Bundeskraftfahrzeugsteuer wurde eingeführt etc.

Allerdings muss angemerkt werden, dass die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte gleichsam wie ein Konjunkturpuffer jeweils modifiziert wurde und es auf diese Art zu einem Export des Arbeitslosenproblems kam: Die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte in Österreich, die 1962 bloß 17.700 betragen hatte, wurde bis 1973 bis auf 226.800 gesteigert. Ab dem Einsetzen der Ölkrise kam es kontinuierlich zu einer Verringerung der Zahlen.¹⁷



- Landtagswahl 1974: *Triumph der Steirischen Volkspartei und Friedrich Niederle.*
Mit 53,3 % der Stimmen erreicht die Volkspartei ihr bestes Ergebnis der Geschichte.

Resümee

Insgesamt war das Jahrzehnt von 1965–1975 eine Phase von sehr starken Veränderungen. Die lange Phase der Großen Koalitionen ging ab 1966 zu Ende. Die Jahre um 1968 führten zu einem verstärkten Einfluss der Zivilgesellschaft auf politische Entscheidungen, die man nicht mehr ausschließlich der Parteipolitik überlassen wollte. Ab dem Jahr 1972 gelang mit dem Globalabkommen eine stärkere wirtschaftliche Anbindung an den europäischen Wirtschaftsraum. In der steirischen Wirtschaft kam es zu einem Modernisierungsprozess, die Computerisierung drang vor und die Industriestrukturen entwickelten sich zusehends weg von den Grundstoffen in Richtung intelligenter Hochtechnologie.

- 1 Der Beitrag fußt unter anderem auf: Gerald Schöpfer/Peter Teibenbacher: *Graz seit 1945* (= Gerald Schöpfer/Stefan Karner (Hg.): *Unserer Zeit Geschichte*, Band 2). Graz 1995, 128 ff.
- 2 Karl Bachinger u.a. (Hg.): *Grundriß der österreichischen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte von 1848 bis zur Gegenwart*. Wien 1987, 117.
- 3 Colin Clark: *The Conditions of Economic Progress*. London 1940.
- 4 Felix Butschek: *Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert*. Wien 1985, 128 ff.
- 5 Vgl. Daten aus dem Wirtschafts- und Sozialstatistischen Taschenbuch, *Österreichischer Arbeiterkammertag*, Wien 1962–1989.
- 6 Felix Butschek: *Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert*. Wien 1985, 131 ff.
- 7 Steiermärkische Landesregierung (Hg.): *Steirische Bewahrung 1955–1965. Zehn Jahre Aufbau in Freiheit*. Graz 1965, 147.
- 8 Felix Butschek: *Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert*. Wien 1985, 133.
- 9 Gerda Falkner: *Österreich und die Europäische Einigung*, in: Reinhard Sieder/Heinz Steinert/Emmerich Talos (Hg.): *Österreich 1945–1995. Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik*, Band 60, 2. Aufl. Wien 1995, 331–340.
- 10 Erika Rüdigger: *Steiermark* (= Hans Krasensky: *Die Wirtschaft geht jeden an*, Band 78). Wien 1968, 19.
- 11 Adolf Nussbaumer: *Strukturprobleme der steirischen Wirtschaft*, in: *Volkswirtschaftlicher Beirat der ÖVP-Landespartei Steiermark* (Hg.): *Beiträge zur Untersuchung der steirischen Wirtschaftsstruktur*. Graz 1965, 8.
- 12 Rolf Schwendter: *Das Jahr 1968 – War es eine kulturelle Zäsur?*, in: Reinhard Sieder/Heinz Steinert/Emmerich Talos (Hg.): *Österreich 1945–1995. Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik*, Band 60, 2. Aufl. Wien 1995, 166–175.
- 13 Felix Butschek: *Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert*. Wien 1985, 144 ff.
- 14 Gerald Schöpfer/Peter Teibenbacher: *Graz seit 1945* (= Gerald Schöpfer/Stefan Karner (Hg.): *Unserer Zeit Geschichte*, Band 2). Graz 1995, 128 ff.
- 15 Vgl. Daten aus dem Wirtschafts- und Sozialstatistischen Taschenbuch, *Österreichischer Arbeiterkammertag*. Wien 1962–1989.
- 16 Erich Streissler: *Österreichs Wirtschaftspolitik vor neuen Entscheidungen*, in: Josef Krainer u.a. (Hg.): *Nachdenken über Politik – Jenseits des Alltags und diesseits der Utopie*. Graz 1985, 361–376.
- 17 Felix Butschek: *Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert*. Wien 1985, 158 ff.